

<b>Bericht</b>	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Michael Telian 563 - 6815 563 - 8020 michael.telian@stadt.wuppertal.de
	Datum:	16.04.2020
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0304/20</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>28.04.2020</b>	<b>BV Langerfeld-Beyenburg</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>30.04.2020</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Sachstandbericht Langerfeld-Trasse</b>		

### Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschlussfassung entgegengenommen.

### Unterschrift

Andreas Mucke

### Bericht

Am 20. Februar 2020 hat es ein Gespräch des Oberbürgermeisters mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für Nordrhein-Westfalen zum weiteren Vorgehen zum Projekt Langerfeld-Trasse gegeben.

- Dabei hat die Stadt folgende Position deutlich gemacht:

Das von einem externen Fachbüro erstellte Gutachten ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sich der für die Streckenführung einer zukünftigen Langerfeld-Trasse benötigte Tunnel in einem sanierungsfähigen Zustand befindet.

Die Kosten für eine solche Sanierung mit der Maßgabe der Nutzung der Tunnelröhre als Fuß- und Radweg betragen in der präferierten Variante nach

jetzigem Stand rund 940.000 Euro. Dies sind nach Ansicht der Stadt vertretbare Kosten, so dass die Absicht besteht, den Tunnel entsprechend zu sanieren.

Für das Projekt Langerfeld-Trasse strebt die Stadt ein Modell ähnlich wie bei der Schwarzbach-Trasse an. Dies bedeutet, dass die Stadt zu einem noch zu verhandelnden Zeitpunkt die Tunnelröhre von der Deutschen Bahn übernimmt, sie dann an den zukünftigen Bauherrn und Betreiber der neuen Trasse überträgt. Dies ist nach jetzigem Stand der Verein Neue Ufer, der diesem Modell auch bereits grundsätzlich zugestimmt hat.

Ein Erwerb des Tunnels von der Bahn kann allerdings erst dann erfolgen, wenn geklärt ist, ob Fördermittel für das Projekt gewährt werden und der Verein Neue Ufer e. V. oder ein anderer Dritter den Eigenanteil aufbringt.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann eine Übernahme des Tunnels nicht erfolgen, weil die oben angeführten Voraussetzungen nicht vorliegen. Insbesondere kann noch keinerlei Aussage über die Gewährung von Fördermitteln gemacht werden.

- Die Deutsche Bahn hat in dem Gespräch Folgendes mitgeteilt:

Das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der Eisenbahnstrecke S 7 ist von der Bahn eingeleitet worden.

Dazu legt die Bahn zwei der parallel verlaufenden Röhren zusammen. Den dritten Tunnel, der für die Langerfeld-Trasse benötigt wird, plant die Bahn durch das jetzt eingeleitete Planfeststellungsverfahren mit dem Abraum, der bei den Arbeiten an den beiden anderen Tunneln anfällt, zu verfüllen.

Selbstverständlich sei es auch in Zukunft noch möglich, die Planungen zu ändern. Der dafür notwendige Aufwand sei dann allerdings von der Stadt Wuppertal zu tragen.

Die von der Stadt und dem Verein Neue Ufer erarbeitete Alternativlösung, den entstehenden Abraum zum Bau einer Rampe zu verwenden, die später als Anbindung des Radeweges an das Straßennetz genutzt werden könne, hält die Bahn für umsetzbar. Damit wäre eine Lösung dafür gefunden, die sicherstellt, dass der für den Radweg benötigte Tunnel frei bleibt.

Allerdings hat die Bahn auch erklärt, dass nach jetzigem Stand baldmöglichst eine Entscheidung der Stadt zur Übernahme der Tunnelröhre benötigt wird, da sie die Verkehrssicherungspflichten nicht länger übernehmen wolle und eine Verfüllung des Tunnels hierzu die beste Lösung sei.

Grundsätzlich sei die Bahn bereit, konstruktiv an der Lösung zur Realisierung der Langerfeld-Trasse mitzuarbeiten.

- Es sind folgende Absprachen zwischen Stadt und Bahn getroffen worden:

- Die Bahn prüft, unter welchen Mindestvoraussetzungen sie einer Absichtserklärung der Stadt zur Übernahme des Tunnels zustimmen kann.
- Die Stadt Wuppertal klärt mit Bund und Land, welche Möglichkeiten bestehen, kurzfristig eine verbindliche Aussage zur Förderfähigkeit des Projektes zu erhalten. Dazu steht der Oberbürgermeister im Kontakt mit dem Bundesumweltministerium.  
Dabei soll insbesondere die Variante geprüft werden, den Bau des Radweges in Bauabschnitten umzusetzen und vor 2025 mit dem Bau eines ersten Abschnittes zu beginnen.